



Schutz und Solidarität für Flüchtlinge

Zunehmende Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte in Thüringen im vergangenen Jahr

Mit großer Besorgnis nehmen wir den vom Thüringer Landeskriminalamt vermeldeten exorbitanten Anstieg von Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte in Thüringen im vergangenen Jahr zur Kenntnis, so die beiden Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag Katharina König und Sabine Berninger. „Jeder und jede, die vor Krieg, Verfolgung oder wirtschaftlicher Not zu uns flieht, verdient unsere Gastfreundschaft, Solidarität und auch unseren Schutz. Daher müssen die zunehmenden Angriffe auch zu einer verstärkten Aufmerksamkeit seitens der Polizeibehörden führen, etwa durch häufigere Bestreifung der Unterkünfte.“

Neben der Verbesserung der Sicherheit der in Gemeinschaftsunterkünften untergebrachten Asylbewerber, gehe es nicht nur in Zeiten von Pegida-Demonstrationen auch um die Erhöhung der Akzeptanz von Migranten im Alltag. Eine gelungene Integration und Einbeziehung in das kulturelle und gesellschaftliche Leben in den Kommunen sei der beste Schutz vor Anfeindung und Ausgrenzung. Hierzu werde auch die von der rot-rot-grünen Koalition angestrebte dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern einen wichtigen Beitrag leisten.

In diesem Zusammenhang begrüßte Sabine Berninger die von Dieter Lauinger (Grüne), Minister für Migration, Justiz und Verbraucherschutz, angekündigte Förderung von Investitionen in die Wohnungsunterbringung als „nächsten Schritt hin zu einer humanitären und integrativen Thüringer Flüchtlingspolitik. Menschen, die nicht mehr am Stadtrand zusammengepfercht in überfüllten und teils arg sanierungsbedürftigen Unterkünften, sondern in menschenwürdiger Weise in Wohnungen untergebracht sind, bieten rassistischen Gewalttättern auch keine Zielscheibe mehr.“

Am Grundsatz der menschenwürdigen Aufnahme und Unterbringung orientiert

Katharina König machte zudem auf den örtlichen Zusammenhang von Übergriffen und lokalen Neonazi-Strukturen aufmerksam. „In Greiz hetzte ein rassistisches Bündnis um den Neonazi David Köckert monatelang gegen die Unterbringung von Flüchtlingen im Stadtteil Pohlitz. Die drei Übergriffe auf das dortige Asylbewerberheim sind die direkte Folge.“

Auch in Saalfeld oder im Weimarer Land sowie im Umfeld von Suhl gebe es aktive Neonazigruppierungen und deren rassistische Aktionen. „Solche

Angriffe auf Asylbewerber, Migrantinnen und Migranten und Andersdenkende kommen nicht aus dem Nichts, sondern stützen sich auf organisierte Neonazistrukturen, die fortwährend Angst und Hass schüren. Ihnen gilt es, vor Ort konsequent das Handwerk zu legen“, so Katharina König.

Bereits am 17. Dezember hatte Minister Dieter Lauinger den Vorschlag der Thüringer Wohnungswirtschaft für einen Thüringer Flüchtlingsgipfel begrüßt. „Damit bekräftigt die Wohnungswirtschaft eine Forderung des Koalitionsvertrages, die wir möglichst schnell umsetzen wollen“, hatte der Minister betont und darauf verwiesen, dass bereits im Koalitionsvertrag der Auftrag verankert ist, einen Thüringer Flüchtlingsgipfel durchzuführen und mit den Landkreisen und kreisfreien Städten ein langfristiges Konzept für die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen zu erarbeiten.

„Die Erstaufnahme von Flüchtlingen wird sich am Grundsatz der menschenwürdigen Aufnahme und Unterbringungen orientieren. Asylbewerbern und Flüchtlingen wird ein unbürokratischer Zugang zur medizinischen Versorgung verschafft werden“, so ein weiterer Punkt im Koalitionsvertrag im Kapitel 3.5 unter der Überschrift „Menschenrechtsorientierte Flüchtlings- und Integrationspolitik.“ ■

CDU schadet dem Ansehen des Landtags

„Wenn jetzt Mike Mohring Aufklärung in der Bestechungsaffäre verlangt, dann ist das richtig. Jedoch ist er der Vorsitzende sowohl der Partei als auch der Fraktion, die die Bestechungsaffäre ausgelöst hat. Er muss Aufklärung selbst vorantreiben. Jetzt mit dem Finger auf andere zu zeigen, ist mehr als dreist“, so Susanne Hennig-Wellsow, Fraktionschefin der LINKEN im Landtag und Parteivorsitzende. Sie reagiert damit auf die nicht geklärte Bestechungsaffäre, die aus der CDU initiiert wurde, um Bodo Ramelow als Ministerpräsidenten zu verhindern. Das Herumlavieren der CDU und damit das Decken der möglicherweise straffähigen Machenschaften führe dazu, dass die Angelegenheit „immer mehr zu einem ‚Fall Mohring‘ wird“. „Der Fraktionsvorsitzende ist politisch dafür verantwortlich, was in seinem Laden vor sich geht und welche Mittel als legitim für eigene Partei- und Fraktionsinteressen angesehen werden.“

Mike Mohring vergifte das politische Klima und „trägt zum Ansehensverlust der Thüringer Politik insgesamt bei. Es ist an der Zeit, dass der Landtagspräsident endlich ein Machtwort spricht und dem weiteren Ansehensverlust des Parlamentes energisch entgegentritt. Der CDU-Fraktionsvorsitzenden muss alle Vorwürfe aufklären und mit den Ermittlern der Staatsanwaltschaft vorbehaltlos zusammenzuarbeiten.“ ■

Katharina König: Hinter „Sügida“ stecken Neonazis und Volksverhetzer

Vor der für den 12. Januar in Suhl angekündigten ersten Demonstration eines Thüringer „Pegida“-Ablegers hatte Katharina König erklärt: „Hinter den Organisatoren und den Parolen steckt nichts anderes als plumper Ausländerhass, der nun lediglich neu verpackt unter dem ‚Pegida‘-Label in Szene gesetzt wird.“

Nach ihrer Kenntnis handele es sich bei der Anmelderin des Aufmarsches um Yvonne W. Gegen sie hat Katharina König wegen des Verdachts auf Volksverhetzung und öffentlicher Aufforderung zu Straftaten in sieben Fällen bei der Kriminalpolizei Suhl Anzeige erstattet. „Die Gestaltung der ‚Sügida‘-Werbemittel in den letzten Wochen ließen bereits deutliche Ähnlichkeiten zur neonazistischen Gruppierung ‚Bündnis-Zukunft-Hildburghausen‘ (BZH) erkennen. Spätestens als deren Anführer Tommy Frenck unter seinem Klarnamen vor einigen Tagen auch noch die entsprechende Facebook-Veranstal-

tung zur Demonstration erstellte, dürfte klar sein, woher der Wind weht“. Als es im Oktober 2014 zu einer rassistischen Hetzjagd mit 10 bis 15 Autos gegen Menschen aus Rumänien in Hildburghausen kam, wurden im Vorfeld in sozialen Netzwerken Bilder von Asylsuchenden und deren Fahrzeugen eingestellt, so auch auf der Seite des BZH. Zwei Tage vor dem Übergriff wurden auch Flüchtlinge in Suhl heimlich fotografiert und auf der BZH-Seite bloßgestellt. Yvonne W. bekannte sich in der Kommentarspalte als Verantwortliche.

Da sich über das Internet Beiträge von Yvonne W. finden, welche den Verdacht einer Volksverhetzung und der öffentlichen Aufforderung zu Straftaten begründen, hatte die LINKE-Abgeordnete die Anmelderin angezeigt. So schrieb W. über Ausländer, dass diese „mitsamt der Gebärmaschinen übern Haufen geknallt“ gehören und verhohnte Nichtdeutsche als „faul, dumm, frech...dreck!“. Sie rief dazu auf, das

„Pack“ endlich „rauszuschmeißen“ und propagiert den Volksaufstand. Polen seien „arbeitsscheu, schmutzig, undiszipliniert, träge und unordentlich“, das „Gesindel“ verunreinige Deutschland. Unter einem Beitrag zu türkischen Ladenbesitzern spricht sie von einer „Auswilderung“, „schließlich benehmen die sich auch wie Tiere hier“. Mal äußert sie, dass „der Neger“ an „die Wand“ gehöre oder dass man Anti-Nazi-Demonstranten die „Zunge heraus schneiden“ solle. Am 10. Juli 2014 kommentierte sie ein Video zu einer interkulturellen Veranstaltung mit Muslimen wörtlich wie folgt: „Kann da nicht mal jemand eiskalt durchladen...ich begreife das nicht: in Schulen werden Massaker verübt usw.usf. warum findet sich denn kein Abtrünniger, der das an richtiger Stelle macht“.

„Frau W. scheint gute Kontakte zu BZH-Chef Tommy Frenck zu pflegen, den sie als ‚Gauleiter‘ betitelt, ebenso interagiert sie mit wegen Volksverhet-

zung verurteilten Thüringer NPD-Funktionären, wie Thorsten Heise und Patrick Wieschke. Dass sie auch Musik von Neonazi-Bands verbreitet und verkündet, 'dass wir wieder einen Führer brauchen', überrascht dann letztendlich in der Summe an Widerwärtigkeiten nicht mehr sonderlich.“ Katharina König hatte die Anzeige auch der Versammlungsbehörde für die Demonstration weitergeleitet. „Es sollte schnellstmöglich geprüft werden, ob die Anmelderin vor diesem Hintergrund überhaupt geeignet ist, eine solche Versammlung durchzuführen.“

Zahlreiche LINKE-Politiker, unter ihnen Susanne Hennig-Wellsow, Katharina König und Ina Leukefeld, hatten die Proteste unterstützt und ihre Solidarität mit den Flüchtlingen erklärt. „Solch rassistischer Stumpfsinn und die dahinterstehende neonazistische Ideologie, wie am Beispiel der Anmelderin zu sehen ist, dürfen nicht unwidersprochen bleiben!“, so Katharina König. ■